

AfD-Fraktion Rheine | Surenburgstraße 177 | 48429 Rheine

An den
Bürgermeister der Stadt Rheine
Herrn Dr. Peter Lüttmann
Klosterstraße 14
48431 Rheine

Rheine, 21.03.2026

Antrag der AfD-Fraktion im Stadtrat Rheine zum Haushaltsplanentwurf 2026

Haushaltskonsolidierung durch Verzicht auf kommunale Symbolpolitik im Klimaschutz

Im Teilplan Bereich 5 (Planen und Bauen), Produktgruppe 55 (Umwelt, Klimaschutz), sind alle Aufwendungen für ideologisch motivierte Klimakonzepte in Zeile 13 ersatzlos zu streichen. Dies betrifft den „ProKlimaFond“ (50.000 €) sowie Maßnahmen aus der „Kommunalen Wärmeplanung“ (55.000 €).

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die Streichung der genannten Beträge in Höhe von insgesamt 105.000 Euro im Teilplan 5, Produktgruppe 55.

Begründung:

Ausgehend von einer haushaltspolitisch priorisierenden Perspektive wird argumentiert, dass eine einzelne Kommune wie die Stadt Rheine keinen signifikanten Einfluss auf das globale Klimageschehen ausüben kann. Maßnahmen, die auf eine globale Wirkung abzielen, werden daher kritisch hinterfragt, wenn sie auf lokaler Ebene keine klar messbaren Effekte entfalten. In diesem Zusammenhang wird der Vorwurf erhoben, dass bestimmte klimapolitische Projekte eher symbolischen Charakter besitzen und primär politischer Profilbildung dienen, ohne einen unmittelbar nachweisbaren Nutzen für die Bevölkerung vor Ort zu generieren.

Der Leitfaden betont in diesem Kontext die Notwendigkeit, öffentliche Ausgaben konsequent an ihrem konkreten Nutzen und ihrer Effizienz zu messen. Projekte, deren Wirkung unklar oder langfristig schwer quantifizierbar ist, stehen demnach in einem Spannungsverhältnis zu dringenden kommunalen Kernaufgaben. Insbesondere Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Sicherheit und Daseinsvorsorge werden als prioritär eingestuft, da sie unmittelbare und greifbare Auswirkungen auf die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger haben. Werden finanzielle Mittel in Projekte mit unsicherem Nutzen gelenkt, besteht die Gefahr, dass diese zentralen Aufgaben vernachlässigt oder verzögert werden.

Vor dem Hintergrund eines strukturellen Haushaltsdefizits verschärft sich diese Problematik zusätzlich. Eine dauerhaft unausgeglichene Finanzlage zwingt Kommunen dazu, ihre Ausgaben strikt zu priorisieren und freiwillige Leistungen kritisch zu hinterfragen. In dieser Argumentationslinie wird eine ausufernde oder emotional geführte Klimapolitik auf kommunaler Ebene als finanziell nicht tragfähig bewertet. Stattdessen wird gefordert, ideologisch geprägte oder symbolische Maßnahmen zurückzustellen, solange die grundlegende finanzielle Stabilität der Kommune nicht gesichert ist.

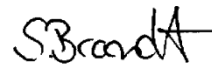
Die daraus resultierende Schlussfolgerung lautet, dass vorhandene Haushaltsmittel vorrangig zur Konsolidierung der Stadtfinanzen eingesetzt werden sollten. Ziel ist es, strukturelle Defizite abzubauen, Verschuldung zu begrenzen und die langfristige Handlungsfähigkeit der Kommune zu sichern. Klimapolitische Maßnahmen sollen demnach nur dann verfolgt werden, wenn sie entweder gesetzlich vorgeschrieben sind oder einen klar nachweisbaren, unmittelbaren Nutzen für die Stadt und ihre Bevölkerung erbringen. Auf diese Weise wird eine stärkere Ausrichtung der kommunalen Politik an fiskalischer Nachhaltigkeit und konkreter Wirkung angestrebt.

Mit freundlichen Grüßen



Laura Sophie Grasler

Fraktionsvorsitzende



Sarah Brandt

Stellv. Fraktionsvorsitzende